

Zweites Kapitel

AUF DÜNNEM EIS DER INTERNATIONALEN POLITIK

2.1 STELLUNG ÖSTERREICHS IN DER ZEIT NACH VERSAILLES (1919–1929)

Die Nachkriegsordnung wies bereits nach kurzer Zeit bedenkliche Risse auf. Die Vereinigten Staaten von Amerika traten dem Völkerbund nicht bei und der Senat weigerte sich, die Friedensverträge zu ratifizieren. Washington kehrte zu seiner Politik des Isolationismus zurück: Diese Situation setzte dem Völkerbund von Anfang an zu und ließ die Erwartungen seiner geistigen Väter unerfüllt bleiben. Die größte Schwäche der Genfer Organisation, wie sich dann später in den 1930er Jahren wiederholt zeigen sollte, bestand in unwirksamen Mechanismen der Bestrafung eines eventuellen Aggressors. Der rechtliche Rahmen des Völkerbundes war durch den Völkerbundpakt vorgegeben. Danach musste die Bezeichnung eines Landes als Aggressor einstimmig erfolgen und fiel in den Zuständigkeitsbereich des Völkerbundrates, des vollziehenden Organs der Genfer Einrichtung. Eine

Konsensfindung unter Staaten mit gänzlich divergierenden Interessen erschien als bloßes Wunschdenken. Noch komplizierter gestaltete sich die Frage der Anwendung von Sanktionen. Der Völkerbundrat erließ Empfehlungen betreffend diplomatische, politische oder wirtschaftliche Sanktionen gegen den Aggressor, die gemäß dem Pakt mit sofortiger Wirkung in Kraft treten sollten. Das Hauptproblem war das Fehlen jeglichen effektiven Mittels, mit dem man die Einhaltung der im Pakt verankerten Grundsätze erzwingen könnte.

Die Entscheidung über die Unterstützung der Sanktionen lag also bei jedem Land selbst. Die Genfer Organisation verfügte über kein eigenes Militär und musste sich somit nur auf das moralische Gewicht ihrer Empfehlungen verlassen. Es war daher mehr als fraglich, ob dies in der Konfrontation mit realpolitischen Interessen einzelner Staaten ausreichen würde. In der Praxis hegten die Großmächte kein besonders großes Vertrauen in den Völkerbund und konzentrierten sich vielmehr darauf, aus eigener Kraft oder mit Hilfe von Verbündeten die eigenen Interessen durchzusetzen.

In den Friedensverhandlungen von 1919 zeichnete sich die Einstellung einzelner Mächte und Nachbarstaaten gegenüber Österreich größtenteils schon klar ab. Frankreichs Priorität war nach wie vor ein unabhängiges Österreich, d. h. strikte Ablehnung eines wirtschaftlich oder politisch motivierten Anschlusses an Deutschland. Die Unterzeichnung der Friedensverträge konnte die Angst vor deutschem Revanchismus keineswegs vertreiben, denn die Dokumente waren im äußersten Fall nichts als ein Stück Papier und das französische Außenministerium mit Sitz am Pariser Quai d'Orsay hatte nicht vor, sich auf derart unsichere Rechtsinstrumente zu verlassen. Deshalb begann man gleich nach Kriegsende mit dem Aufbau eines Sicherheitsgürtels (*cordon sanitaire*), einer strategischen Allianz von profranzösisch orientierten mittel- und südosteuropäischen Staaten, die den Verlust des

einstigen Hauptverbündeten Frankreichs – Russlands – wettmachen sollten.²⁸⁷

Frankreichs Hauptkonkurrent im Kampf um die Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent war Deutschland. Die verantwortlichen Amtsträger der Weimarer Republik äußerten, aus Sorge vor Komplikationen bei weiteren noch zu verhandelnden Fragen der Friedenskonferenz, nur vorsichtig Sympathien für den Anschluss Österreichs. Durch die Verträge von Versailles und Saint-Germain wurde die Vereinigung der beiden ethnisch deutschen Staaten ins Reich der Theorie verwiesen, die aus Berlin und Wien verlautenden Proteste versandeten. Beide Länder waren gezwungen, die Realität zu akzeptieren, aber der Anschluss-Gedanke blieb präsent. Auf der deutschen politischen Bühne gab es in dieser Sache ein grundsätzliches Einvernehmen, dem nur einige wenige extremistische Parteien fernblieben. Eine weitaus größere Bedeutung hatte der Anschluss allerdings für Österreich, wo sich in erster Linie Sozialdemokraten und Großdeutsche eifrig dafür einsetzten. Die Christlichsoziale Partei stand dieser Idee mehr oder weniger gleichgültig gegenüber, genau wie die eher unbedeutenden Kommunisten oder Legitimisten.²⁸⁸

²⁸⁷ Zum französischen Bündnissystem in Mitteleuropa vgl. beispielsweise HOVI, Kalervo: *Cordon Sanitaire or Barriere de l'Est? The Emergence of the New Eastern European Alliance Policy 1917–1919*, Turku, 1974; Ders.: *Alliance de revers. Stabilisation of France's Alliance Policies in East Central Europe 1919–1921*, Turku, 1984.

²⁸⁸ Beispielsweise HILLGRUBER, Andreas: Das Anschlußproblem (1918–1945) – aus deutscher Sicht. In: Kann, Robert / Prinz, Friedrich (Hrsg.): *Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch*, Wien / München, 1980, S. 161–178; BOTZ, G.: *Anschlußproblem*, S. 179–180. Eine gegensätzliche Meinung vertritt SCHAUSBERGER, N.: *Griff*, S. 5, 19, 39, 44; Ders.: Deutsche Anschlußaspirationen 1918/19. Bisher wenig beachtete ökonomisch-strategische Aspekte zum November 1918. In: Ackerl, Isabella / Neck, Rudolf (Hrsg.): *Österreich, November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik. Protokoll des Symposiums in Wien 24. und*

Die Einstellung Großbritanniens zu Österreich war durch die bereits angesprochene Reserviertheit des Inselstaates gegenüber den Ereignissen in Mitteleuropa geprägt. Falls das britische Außenministerium Interesse am politischen Geschehen in der Donauregion zeigte, ergriff es meistens Partei für Österreich oder Ungarn, mit denen es deutlich bessere Beziehungen pflegte als mit den anderen Nachfolgerstaaten. Dazu kam es allerdings fast ausschließlich im Falle der Bedrohung britischer Handels- und Finanzinteressen oder bei zu starken Gleichgewichtsverschiebungen im Machtgefüge auf dem europäischen Kontinent.²⁸⁹

Italien gehörte nach dem Ersten Weltkrieg zu den Siegermächten und ging bei den Friedensverhandlungen keineswegs leer aus. Österreich-Ungarn, sein Erzfeind und Hauptkonkurrent in Mittel- und Südosteuropa, verschwand von der Landkarte des „alten Kontinents“, Italien fiel Südtirol mit der strategisch wichtigen Grenze am Brennerpass und Istrien zu.²⁹⁰ Ein ständiger Sitz im Völkerbundrat und ein Anteil an deutschen Reparationszahlungen belegen die formale Anerkennung Italiens als Großmacht. Seine Macht- und Territorialansprüche konnten allerdings durch die Friedensverträge nicht befriedigt werden und in der öffentlichen Meinung setzte sich der Mythos vom „verstümmelten Sieg“ durch, also

25. Oktober 1978, Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Veröffentlichungen, Bd. 9, Wien, 1986, S. 66–100.

²⁸⁹ BÁTONYI, Gábor: *Britain and Central Europe 1918–1933*, Oxford, 1999; Ders.: *Anglo–Austrian Relations between the Wars*. In: Koch, Klaus / Rauscher, Walter / Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hrsg.): *Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919–1955*, Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938, Sonderheft, hrsg. von Arnold Suppan, Wien / München, 2007, S. 119.

²⁹⁰ Zur Problematik Italiens bei der Friedenskonferenz vgl. ALBRECHT-CARRIÉ, René: *Italy at the Paris Peace Conference*, New York, 1938. Am gelungensten: BURGWIN, James: *The Legend of Mutilated Victory: Italy, the Great War and the Paris Peace Conference 1915–1919*, Westport / Connecticut / London, 1993.

die Vorstellung, dass Italien den Krieg gewonnen, den Frieden jedoch durch den Verrat der Alliierten wie die Unfähigkeit italienischer Politiker verloren hat. Die nationale Verbitterung zusammen mit der politischen und sozialen Instabilität und wirtschaftlicher Rezession bereiteten den Boden vor für die schrittweise Etablierung des Faschismus mit Benito Mussolini an der Spitze. Die Faschisten wollten sich die Früchte des Sieges, um die Italien in ihren Augen betrogen worden war, durch Expansion auf dem europäischen Kontinent (Adria, Mittelmeerraum, Balkan) und in den kolonialen Gebieten (Kleinasien, Afrika) sichern. Diese Atmosphäre nutzte Mussolini aus und kleidete eigene Ambitionen sehr geschickt in aufschneiderische und resolute Rhetorik. Mit dem Machtantritt der Faschisten in Italien im Oktober 1922 erstarkte die Hoffnung aller revisionistischen Länder, und der italienische Diktator übernahm bereitwillig die Rolle ihres Führers. Er unterstützte die Bemühungen um Änderung des in Versailles geschaffenen Status quo – Ungarn, das autoritäre Regime in Bulgarien, die kroatischen Separatisten in SHS oder die Heimwehr – und träumte von der Bildung eines revisionistischen Blocks unter italienischer Führung. Auch Österreich sollte dazu gehören, denn das Donaubecken war zusammen mit dem Balkan für Rom eine Frage des nationalen Prestiges.²⁹¹ Einem eventuellen Anschluss Österreichs an Deutschland stand Italien bereits während der Friedensverhandlungen ablehnend gegenüber. Für das Land auf der Apenninhalbinsel war es auf jeden Fall günstiger, die strategische Grenze am Brennerpass mit einem kleinen, d. h. schwachen Österreich zu teilen als mit einem um das Alpenland verstärkten Deutschland.²⁹²

²⁹¹ BURGWIN, James: *Italian Foreign Policy in the Interwar Period 1918–1940*, Westport / Connecticut / London, 1997, S. 14.

²⁹² Zu österreichisch-italienischen Beziehungen vgl. übersichtlich JEDLICKA, Ludwig: Österreich und Italien 1922–1938. In: Wandruszka, Adam / Jedlicka,